

Die Fragebogen sind ausgewertet, eine Broschüre, in der die Ergebnisse festgehalten sind, ist gedruckt, erste Forderungen an Verkehrsunternehmen und Besteller können formuliert werden. Die im März gestartete Aktion „Sicher unterwegs“ stößt, auch dank der tatkräftigen Unterstützung vieler Betroffener, auf große Resonanz.



Das Oktoberfest in München oder der Cannstädter Wasen – für viele Besucher eine Mordsgaudi. Für Zugbegleiter aber bedeuten die Feste in den nächsten Wochen meistens mehr Stress, gibt es doch vermehrt Konflikte mit alkoholisierten Fahrgästen. Die Verkehrsgewerkschaft GDBA und die Transnet haben deshalb jetzt gefordert, durch mehr Personal die Sicherheit des Personals, aber auch der Reisenden besser zu gewährleisten.

**D**rei „Schwachstellen“ traten bei der Befragung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verkehrsbetriebe zutage: Zum einen fühlen sich Betroffene, die mit körperlicher oder verbaler Gewalt in Bus oder Bahn konfrontiert wurden, von ihrem Arbeitgeber häufig alleingelassen. Kaum ein Vorgesetzter scheint Notiz nehmen zu wollen von Vorfällen, die durchaus Anlass zur Sorge geben. Ganz so, als gehöre das Beschimpfen und Bespucken, aber auch tätliche Angriffe zum Berufsalltag. Insofern findet kaum „Nachsorge“ statt.

Zum anderen wünschen sich viele Kolleginnen und Kollegen eine bessere Vorsorge. Sie wollen vorbereitet sein auf mögliche Angriffe und wissen, wie sie damit umgehen können. Entsprechende Angebote gibt es, sie werden aber kaum publiziert. Offensichtlich fürchtet so manche Führungskraft, die Mitarbeiter würden Präventionskurse tatsächlich besuchen – und dadurch ein oder zwei Tage am Arbeitsplatz fehlen.

## Umfrageergebnis gibt Minister Anlass zur Sorge

Schließlich sind insbesondere die Mitarbeiter im Regionalbereich der Meinung, dass auf kritischen Relationen mehr Personal auf die Züge muss. Insbesondere am Wochenende, wenn Discobesucher schwer alkoholisiert mit der Bahn fahren, aber auch bei Volksfesten und großen Fußballspielen fehle es an entsprechenden Ordnungskräften. Hier fühlen sich viele alleingelassen.

### Mehr Personal beim Oktoberfest gefordert

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA und die Gewerkschaft Transnet haben deshalb – aus aktuellem Anlass – die zuständigen Verkehrsträger aufgefordert, sowohl beim Volksfest „Cannstädter Wasen“ wie auch beim Oktoberfest die Zahl der Mitarbeiter in Regional- und

Fernzügen deutlich zu erhöhen. „Die entsprechenden Relationen und kritischen Zeiten dürften bekannt sein“, machte GDBA-Vize Peter Tröge deutlich. Schließlich fänden beide Feste nicht zum ersten Mal statt. „Im Zweifel helfen wir mit entsprechenden Informationen gern aus und machen deutlich, wo akuter Handlungsbedarf besteht“, ergänzt Reiner Bieck von der Gewerkschaft Transnet.

Reaktionen auf die zum Teil erschreckenden Umfrageergebnisse der Fragebogenaktion liegen zwischenzeitlich aus der Politik vor. Allen Länderparlamenten wie auch dem Bundesverkehrsminister war eine Broschüre mit der Auswertung zugeschickt worden.

Wolfgang Tiefensee geben die von GDBA und Transnet ge-

machten Hinweise hinsichtlich einer Zunahme der Gewalt gegen Reisende und Bedienstete im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehr (SPNV) „Anlass zur Sorge“. Die Umfrageergebnisse seien im Bundesverkehrsministerium „mit großer Aufmerksamkeit aufgenommen worden“, heißt es in einem Schreiben an die beiden Gewerkschaften.

Zuständig für den ÖPNV und SPNV seien seit dem 1. Januar 1996 allerdings die Länder. Gleichwohl werde man den „Arbeitskreis Bahnpolitik“ der Länder mit dem Ergebnis der Umfrage konfrontieren.

Dass tätliche Angriffe gegen Mitarbeiter und Reisende den politisch Verantwortlichen durchaus geläufig sind, machte der stell-

vertretende Fraktionsvorsitzende der CDU im niedersächsischen Landtag, Björn Thümler, deutlich. In einem Schreiben an GDBA-Vize Peter Tröge merkt er an: „Die von Ihnen geschilderte Problematik ist bei den Verkehrsunternehmen bekannt. In Einzelfällen kommt es auch in den Bussen und Bahnen in Niedersachsen zu tätlichen Angriffen auf die Zugbegleiter.“

### Angemessene Verstärkung bei Problemzügen

Eine Hauptursache hierfür scheine der übermäßige Genuss von Alkohol durch Fahrgäste zu sein; in Niedersachsen würden in den Verkehrsverträgen deshalb schon seit längerem Anforderungen an den Einsatz von Sicherheitspersonal festgeschrieben. Zusätzlich sei geregelt, dass bei Problemzügen und Problemstrecken eine angemessene Verstärkung erfolgt – gegebenenfalls würde besonderes Sicherheitspersonal eingesetzt.

Die konkrete Umsetzung obliege allerdings den Eisenbahnverkehrsunternehmen, die in erster Linie dafür verantwortlich seien, ihr Personal zu schützen, entsprechend auszurüsten und eventuell auch besonders zu betreuen.

Nach Auffassung der CDU-Landtagsfraktion würden sich bei künftigen Ausschreibungen von Verkehrsleistungen Möglichkeiten ergeben, durch Kosteneinsparungen „noch mehr Mittel für zusätzliches Zugbegleitpersonal oder eine bessere Ausstattung des Personals zu gewinnen“.



### DB Regio wollte Spielräume für Rationalisierungen

Auch in Bayern habe man sich gegenüber der DB AG und anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen stets für eine hohe Zugbegleiterquote eingesetzt, macht Fritz Czeschka, Geschäftsführer der Bayerischen Eisenbahngesellschaft (BEG), deutlich. „Eine Festschreibung einer hohen Zahl an Zugbegleitern in unserem Verkehrsdurchführungsvertrag mit DB Regio war in den entsprechenden Verhandlungen jedoch nicht durchzusetzen. DB Regio wollte sich Rationalisierungsspielräume freihalten“, kritisiert er.

Grundsätzlich zeigte sich die BEG „beunruhigt über die Zunahme der Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln“. Deshalb begrüße man die Aktion „Sicher unterwegs“ außerordentlich. Die Umfrage zeige, „dass die Zahl der Übergriffe auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so-

wie die Angst vor Übergriffen größer ist als angenommen“.

Im Rahmen des Qualitätsmanagements kommt der Sicherheit der Reisenden bei der BEG schon seit längerem eine hohe Bedeutung zu, machte Geschäftsführer Fritz Czeschka deutlich. Dies schlage sich unter anderem in detaillierten Anforderungen nieder, die Ausschreibungen oder Verkehrsverträgen zugrunde gelegt würden. Hierzu zählten beispielsweise:

- ❑ Ausrüstung der Zugbegleiter und Triebfahrzeugführer mit Mobiltelefonen oder gleichwertigen Kommunikationsmitteln,
- ❑ Gewährleistung einer Kommunikation Leitstelle – Zugbegleiter/Triebfahrzeugführer,
- ❑ Notrufsprechtasten mit Verbindung zum Triebfahrzeugführer,
- ❑ Weiterbildung der Zugbegleiter bezüglich Notfall- und Konfliktmanagement.

Bei Neuausschreibungen von Nahverkehrsleistungen würde ein angemessener Anteil begleiteter Züge gefordert, der bei stark frequentierten oder touristisch relevanten Linien in der Regel 100 Prozent betrage.

Zur Verbesserung der objektiven Sicherheit und des subjektiven Sicherheitsgefühls der Fahrgäste sowie zum Schutz der neuen Züge vor Vandalismus und Graffiti

**Um die Aktion „Sicher unterwegs“ noch effektiver vorantreiben zu können, soll auch regionale Kompetenz einbezogen werden. Das beschloss der Arbeitskreis auf seiner jüngsten Sitzung.**

habe der Freistaat Bayern gemeinsam mit der S-Bahn München Ende 2000 das „ET 423-Bestreifungs- und Bewachungsprogramm“ ins Leben gerufen. Dieses sieht eine Begleitung der S-Bahn-Züge von etwa 20/21 Uhr bis Betriebsschluss durch Streifen der S-Bahn-Wache sowie eine Bewachung der Abstellanlagen vor. Die S-Bahn München erhält hierfür vom Freistaat jährlich Zuschüsse in Millionenhöhe.

Eine weitere Maßnahme zur Verbesserung der Sicherheit ist die Ausrüstung von Zügen mit Videoüberwachung. 105 der 238 Triebwagen der S-Bahn München sollen bis Ende 2008 mit finanzieller Unterstützung des Freistaats mit Videokameras ausgerüstet werden.

Auch die Bayerische Eisenbahngesellschaft ist der Auffassung, dass in erster Linie der Arbeitgeber die Fürsorgepflicht für sein Personal zu tragen hat und für die Vorsorge oder Nachsorge nicht der eigentliche Aufgabenträger in die Pflicht genommen werden könne.

Die Verkehrsgewerkschaft GDBA und die Gewerkschaft Transnet werden die Aussagen der politisch Verantwortlichen sorgfältig auswerten und entsprechende Forderungen erheben. Fest steht für GDBA-Vize Peter Tröge schon heute: Sicherheit darf dabei keine Frage des Preises sein.

